

Wahl zum Studierendenparlament

14.01. bis 18.01.2013



Wahlprogramm der Juso-Hochschulgruppe Bochum



V.i.S.d.P.
Tim Köhler
c/o AstA der Ruhr-Uni
Postfach der Juso-
Hochschulgruppe
Ruhr-Universität Bochum
Universitätsstraße 150
44801 Bochum
jusos@rub.de

Inhaltsverzeichnis

1. Selbstverständnis der Juso-Hochschulgruppe Bochum	3
2. Mehr Hochschuldemokratie wagen	5
3. Studiengebühren abgeschafft	8
4. Neue Rezepte für das AKAFÖ	8
5. BAföG	9
6. Bologna-Reform/Master für alle	10
7. Doppelter-Abiturjahrgang 2013	11
8. Bibliotheken	12
9. Für einen barrierefreien Campus	12
10. Datenschutz ist Menschenrecht	12
11. Geschlechter- und familiengerechte Hochschule	13
12. International University	13
13. Die Antifaschistische Hochschule	14
14. Fachschaften unterstützen	14
15. Initiativen bringen Leben auf den Campus	15
16. Kultur auf dem Campus	15
17. Gemeinsam stark – Studierendenschaften Hand in Hand	17
18. Für faire Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte	17
19. Latinumpflicht für Lehramtsstudierende abschaffen	18
20. So sieht unser AStA aus	19

1. Selbstverständnis der Juso-Hochschulgruppe Bochum

Die Juso-Hochschulgruppe an der Ruhr-Universität Bochum ist ein studentischer Interessenverband, mit dem Ziel die Rechte der Studierenden zu erweitern und aktiv zu verteidigen. Bei uns können alle aktiven RUB-Studierenden mitmachen, die sich mit den Grundwerten der Sozialdemokratie einverstanden fühlen.

Wir bekennen uns zum Weltbild des demokratischen Sozialismus. Wir lehnen daher totalitäre Strukturen und ein Freiheitsverständnis im Sinne der totalen wirtschaftlichen Freiheit ab. Unser Ziel ist die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an Bildung und Wohlstand. Um dies zu gewährleisten setzen wir uns für demokratische Mitbestimmungsmodelle ein, die alle gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Die Verfasste Studierendenschaft (VS) ist deswegen für uns nicht nur ein Wort, sie ist für uns die Voraussetzung für eine Beteiligung von Studierenden an der Hochschul- und Gesellschaftsentwicklung.

Die Verfasste Studierendenschaft – hier sind gemeint: AStA und Studierendenparlament – litt Jahre lang an mangelndem Vertrauen der Studierenden. Daran waren vor allem die mangelnde Transparenz sowie eine fehlerhafte Informationspolitik schuld. Wir als Juso-Hochschulgruppe verstehen den AStA auf der einen Seite als Dienstleister für die Studierenden, auf der anderen Seite muss er die Studierendenschaft auch nach außen hin vertreten. Dies ist nur durch einen breiten Konsens innerhalb der Studierendenschaft möglich. Der AStA muss den Anspruch haben, alle Studierenden zu vertreten. Hier haben wir nach der StuPa-Wahl im vergangenen Jahr angesetzt. Zusammen mit den Fachschaften, die einen heißen Draht zu ihren Studis haben, konnten wir das Vertrauen der Studierenden zurück gewinnen.

„**Raus aus den alten Strukturen – und ran an die Arbeit**“ hieß es sogleich im März letzten Jahres: Der derzeitige AStA hat seine Position innerhalb der Verfassten Studierendenschaft gefunden und definiert. Die vorhandenen Strukturen wurden überarbeitet, sodass nunmehr eine langfristige Positionierung der Studierenden durch die Verfasste Studierendenschaft gewährleistet ist. Die Studierendenvertretung vertritt mit unserer Hilfe nun wieder alle Studierenden – darauf sind wir stolz und bitten euch zugleich um euer erneutes Vertrauen.

Wir haben neue Maßstäbe gesetzt und stehen als Hochschulgruppe für den „**AStA der ausgestreckten Hand**“.

Wir stehen für Legitimation. Legitimation bedeutet, dass wir den Auftrag der Studierendenschaft brauchen. Dieser Auftrag kann nur aus dem Ergebnis der Studierendenparlamentswahl hervorgehen. Darum haben wir im AStA Maßnahmen ergriffen, um für eine höhere Wahlbeteiligung zu sorgen. Sobald sich Menschen eigenmächtig zu Vertreter*innen bestimmter Gruppen ernennen, ist der demokratische Prozess in Gefahr. Deswegen ist der Kampf gegen Bildungsbarrieren, die Vertretung der Studierenden gegenüber der Universität und gegenüber der Öffentlichkeit die Aufgabe der gewählten Gremien. Die Studierenden müssen verstehen, wie wichtig es ist, ihr demokratisches Mandat an der Universität wahrzunehmen.

Wir haben Vertrauen zurückgewonnen, so wie unsere Mutterpartei es bei der letzten Landtagswahl geschafft hat. Durch einen starken Wahlkampf und ein tolles Wahlergebnis, ist es der SPD 2012 gelungen, die Kahlschlagpolitik von CDU und FDP endgültig zu beenden und NRW wieder zu einem sozialdemokratischen Ort zu machen. Wie wir es immer versprochen haben, haben wir uns nicht nur nach außen, sondern auch innerhalb der SPD immer dafür stark gemacht, dass die Studiengebühren abgeschafft werden müssen. Mit Erfolg: Dank des engagierten Einsatzes, vor allem der Jusos, wurden die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/2012 abgeschafft.

Wir wollen Solidarität unter den Studierenden. Zwischen Seminaren, Hörsälen und Hausarbeiten darf diese nicht verloren gehen. Eine Hochschullandschaft, die Egoismus vorlebt, endet in Gleichgültigkeit.

Wir wollen für die Studierendenschaft da sein. Bei Problemen wollen wir helfen. Wir treten nicht zur Studierendenparlamentswahl an, um den uns nahe stehenden Initiativen zu helfen oder Klientelpolitik für politisch extreme Minderheiten zu betreiben. Wir wollen **jede/n einzelne/n der** mehr als 37.000 Studierenden an der Ruhr-Universität Bochum vertreten.

2. Mehr Hochschuldemokratie wagen

Wir wollen: Transparenz, Mitbestimmung und eine Vertretung für alle Studierenden.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Dieser Leitsatz von Willy Brandt ist auch unser Antrieb, für die Studierenden an der Ruhr-Universität Veränderungen zu erreichen. Die Beteiligung der Studierenden an allen demokratischen Prozessen an der Universität ist unser erstes Anliegen.

Wir möchten eine Studierendenvertretung sein, die alle Studierenden vertritt. Unabdingbar ist hierfür, dass die Wahlbeteiligung bei den Gremienwahlen (Fachschaften, Studierendenparlament, Senat/Fakultätsräte) steigt. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärungsarbeit, die die unterschiedlichen Gremien und ihre Aufgaben vorstellt. Wichtig ist aber auch, dass dabei konkret über die Tätigkeit der Studierendenvertreter*innen berichtet wird. Transparenz ist für uns das höchste Gebot. Nur wer transparent arbeitet, kann andere motivieren sich selbst zu engagieren.

Wir arbeiten auf zwei Ebenen: Zum einen auf der universitären Ebene, auf der wir die Prozesse an der Ruhr-Universität begleiten, bewerten und beeinflussen wollen. Zum anderen auf der politischen Ebene, auf der wir über die Jusos und die Juso-Hochschulgruppen Einfluss auf die Politik der SPD sowie auf die Bundes- und Landespolitik nehmen wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Beteiligung der Studierenden auch in den Hochschulgesetzen gestärkt wird. Das heißt: Der Senat, als höchstes Gremium, muss wieder paritätisch besetzt sein. Daher sollten alle Gruppen der Universität (Studierende, Mitarbeiter*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Professor*innen) über die gleiche Fraktionsstärke verfügen. Zurzeit verfügt die Fraktion der Professor*innen automatisch über eine Stimmmehrheit im Senat – dies ist undemokratisch, weil die größte Gruppe, die der Studierenden, damit in vielen Angelegenheiten ihre Interessen nur unzureichend einbringen kann. Das Bundesverfassungsgericht untersagt eine paritätische Besetzung der Universitätsgremien, wenn sie in die Forschungsarbeit eingreifen können. Nicht aber, wenn es um die Ausgestaltung der Universität und der Lehre geht. Hier müssen die Rechte der Studierenden gestärkt werden. Wir begrüßen es daher auch ausdrücklich, dass es sich die rot-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zur Aufgabe gemacht hat, diese

Probleme anzupacken.

Der Hochschulrat, dem ein Vetorecht zum Universitätshaushalt zusteht und der maßgeblich an der Wahl des Rektorats beteiligt ist, muss in seinen massiven Kompetenzen beschnitten werden. Er besteht ausschließlich aus so genannten „externen“ Personen, die mit der Universität nichts weiter zu tun haben. Die Wahl des Rektors und die Finanzplanung sind Angelegenheiten, die alleinig in die Gremien der Hochschulangehörigen gehören. Das Modell Hochschulrat muss nach der geltenden Rechtslage modifiziert (Zulassung auch interner Personen im Hochschulrat) und auf Landesebene abgeschafft werden. Auch hier befindet sich die rot-grüne Landesregierung auf Druck der Jusos mit ihrem Entwurf eines Hochschulzukunftsgesetzes auf dem richtigen Weg.

Die vier studentischen Senator*innen im Senat der Ruhr-Universität leisten für die Studierenden eine wichtige Arbeit. Leider erfahren die Studierenden von dieser Arbeit nur recht wenig. Zwar gibt es einen Vertreter der Senatsfraktion, der so genannte „Gremienbeauftragte“, der die Zusammenarbeit zwischen AStA, SP und studentischer Senatsfraktion koordinieren soll, jedoch beschränkt sich unser Politikverständnis nicht nur auf die Bildung von Netzwerken. Die Senatsfraktion sollte in Zusammenarbeit mit dem AStA, die Studierendenschaft regelmäßig über die aktuellen Ereignisse im Senat berichten. Schließlich ist der Senat das höchste legitimierte Gremium an der Universität – und hat zum Beispiel über die Universitätsfinanzen und die Zuschnitte der Fakultäten zu entscheiden.

In den Gremien der Studierendenschaft (Fachschaften, Studierendenparlament, AStA) wollen wir noch mehr Transparenz, Demokratie und Beteiligung. Über einen noch besseren Internetauftritt und weitere Publikationen wollen wir die Arbeit in den Gremien offener und verständlicher gestalten. Alle Beschlüsse des AStA sollen auf der Internetseite des AStA einzusehen sein. Die Gremien brauchen keine Geheimnisse vor den Studierenden zu hüten.

In den wöchentlichen AStA-Sitzungen wollen wir die Inhalte und Aktionen, die für die kommenden Wochen und Monate angedacht sind, stärker gemeinsam mit den Studierenden diskutieren und verbessern. Wir wollen, dass sich alle Studierenden in die Hochschulpolitik einbringen können. Dazu bedarf es offener Strukturen, die nicht von einzelnen Hochschullisten oder Gruppen abhängen. In diesem Zusammenhang streben wir an, eine

durch den AStA organisierte Messe ins Leben zu rufen, bei welcher sich alle hochschulpolitischen Akteure vorstellen können, um z.B. neue Aktive hinzugewinnen und über ihre Arbeit informieren zu können.

Zu besonders wichtigen Themen (z.B. Zivilklausel) wollen wir die Studierenden mittels Urabstimmungen befragen. Die Beteiligung der Studierendenschaft an bundesweiten Projekten oder Veranstaltungen bedarf einer breiten Unterstützung – eine breite Unterstützung ist nicht über Abstimmungen im Studierendenparlament herzustellen, sondern durch das breite und klare Votum der Studierenden an der Ruhr-Universität. Der AStA unterstützt viele Initiativen und Gruppen, die politische und nicht-politische Arbeit leisten. Die Vergabe der Mittel für Initiativen durch den AStA konnte, auch Dank uns, transparenter gestaltet werden. Alle Gruppen und Initiativen, die eine Förderung durch den AStA erhalten, müssen seither mit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Unterstützung einverstanden sein. So haben wir dem Eindruck von Intransparenz und Kungel entgegengewirkt. Zudem gilt: Die Initiativförderung soll vor allem den Initiativen und Gruppen an der Ruhr-Universität helfen – dafür leisten die Studierenden ihre Beiträge. Auch hier konnten wir im AStA große Fortschritte erzielen, möchten aber dennoch festhalten, dass es in diesem Bereich noch Luft nach oben gibt.

Der AStA und das Studierendenparlament besitzen das umstrittene allgemeinpoltische Mandat. Dies soll auch von den gewählten Gremien wahrgenommen werden. Der AStA vertritt die Studierendenschaft vor der Öffentlichkeit und den Universitätsgremien. Dies nehmen wir, wenn die Juso-Hochschulgruppe wieder im nächsten AStA vertreten sein wird, wieder wahr.

Der AStA hat außerdem die Pflicht, politische und gesellschaftliche Bildungsangebote bereitzustellen. Wir wollen, dass der AStA ein politisches Vorlesungsverzeichnis erarbeitet, in welchem die Veranstaltungen, Seminare und Co. zur politischen und gesellschaftlichen Bildung aufgelistet sind. Wichtig ist für uns, dass diese Veranstaltungen möglichst viele Studierende ansprechen und somit auch von der Mehrheit der Studierenden genutzt werden.

Der AStA hat die Aufgabe, sich zu allen gesellschaftlichen Themen zu äußern und Stellung zu beziehen. Der Campus ist kein eigenes Universum. Die Studierenden haben vielfältige

Interessen, die auch die Verfasste Studierendenschaft zu berücksichtigen hat. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für frisch ausgebildete AkademikerInnen, die Gleichstellung der Geschlechter oder auch die Förderung von Familie und Beruf sind gesellschaftspolitische Themen, die auch für Studierende von Belang sind. Wer das allgemeinpolitische Mandat ablehnt, lehnt die Wahrnehmung der Rolle der Studierenden als progressiven Teil der Gesellschaft ab.

3. Studiengebühren abgeschafft

Jegliche Arten von Studiengebühren bzw. Studienbeiträgen sind sozial ungerecht und haben in einem Bildungssystem, das durchlässig und sozial gerecht gestaltet sein sollte, nichts verloren.

Zum Wintersemester 2011/2012 wurden die Studiengebühren durch die rot-grüne Landesregierung in NRW abgeschafft. Wir als Jusos haben uns innerhalb der SPD immer für die Abschaffung eingesetzt, mit Erfolg! Ohne den engagierten Einsatz vieler Juso-Hochschulgruppen in ganz NRW, würden Studiengebühren den Weg vieler junger Abiturient*innen zum Studium verbauen. Studiengebühren sind nicht nur sozial äußerst selektiv, sondern schaden auch dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und damit der Teilhabe aller. Wir sind überzeugt davon, dass Bildung immer Zukunft bedeutet. Deshalb sollte jede/r – gleich ihrer/seiner Herkunft – vor dem Bildungssystem gleich sein.

4. Neue Rezepte für das AKAFÖ

Studierende treten als Mieter*innen in Wohnheimen, als Essende und Trinkende in der Mensa und den Cafeterien, als Besucher*innen des AKAFÖ-Kulturangebots (Boskop) und als Bezieher*innen von BAföG als Nutzer*innen der Leistungen des AKAFÖ auf. Wir wollen diese gegenüber dem AKAFÖ vertreten und weiter für bessere Leistungen und günstige Preise kämpfen. Mietpreiserhöhungen und erhöhte Kaffee- und Essenspreise sind für uns zunächst ausgeschlossen, wenn das AKAFÖ nicht auf anderem Gebiet versucht Kosten einzusparen. Der Service des AKAFÖ gegenüber den Studierenden soll von den Mitgliedern des Verwaltungsrats und dem AStA kritisch begleitet werden. Das AKAFÖ wollen wir dazu bewegen, auch dezentral vor den Caféten Wasserspender bereit zu stellen, damit die Studierenden in so vielen Gebäuden wie möglich mit kostenfreiem Wasser versorgt sind.

Wichtiges Ziel im Bereich der Wohnheime ist für uns die Möglichkeit, das Internet unlimitiert zu nutzen. Die 700 MB Download-Schranke ist in der heutigen Zeit einfach nicht mehr angemessen. Auch muss das AKAFÖ Mieter*innen, denen durch Baustellen erhebliche Probleme entstehen, gegenüber Kulanz zeigen. Wir als Jusos wünschen uns in diesem Bereich Solidarität und keine Abzocke.

Ebenso wichtig ist im Hinblick auf den kommenden doppelten Abiturjahrgang die Verfügbarkeit von Essensplätzen für alle Studierenden. Hierbei kommt es vor allem darauf an, dass Essen schnell und bezahlbar zu gestalten. Die Errichtung einer Bio-Mensa ist vor diesem Hintergrund zumindest aufmerksam zu beobachten. Auch sollten die Öffnungszeiten der Cafés weiter in die Randstunden ausgedehnt werden, wenn die Fakultäten diese mit Veranstaltungen füllen.

Aber nicht nur die sozialen Belange der Studierenden sind für uns wichtig, sondern auch die politischen Themen, die neben den konkreten Forderungen ab und an schon ein Mal vergessen werden. So möchten wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch die Mitarbeiter des AKAFÖ in angemessener Weise beschäftigt werden und den Campus als ihren Lebensraum annehmen. Damit das alles möglich ist, gilt aber auch: Die Umsatzsteuerbefreiung für Studentenwerke muss erhalten bleiben!

5. BAföG

Wir fordern trotz der Abschaffung der Studiengebühren eine finanzielle Unterstützung für Studierende aus finanziell schwachen Haushalten. Wir unterstützen die Forderungen der rot-grünen Landesregierung im Bund, auf eine Weiterentwicklung des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) hinzuwirken. Das Deutschlandstipendium lehnen wir dagegen kategorisch ab, denn es ist elitärer Unfug und gehört sofort abgeschafft! Mit gerade einmal 5400 geförderten Studierenden übersteigen schon die Kosten der Verwaltung jedweden Nutzen. Die für das Stipendienprogramm bereitgestellten Mittel müssen dagegen in eine Aufwertung des BAföG fließen. Nur dann werden die Mittel dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Doch auch beim BAföG ist nicht alles perfekt - immer wieder tauchen bei der Bewilligung der BAföG-Gelder Probleme auf: Selbst bei geringen Einkommen der Eltern kann es passieren, dass deren Kinder kein BAföG

erhalten. Auch aus diesem Grund fordern wir ein BAföG, das unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt wird. Die BAföG-Verwaltung muss flexibler und schneller arbeiten. Immer wieder kommt es zu Beschwerden an der Universität, weil die BAföG-Bescheide zu spät oder teils fälschlicherweise gar nicht erteilt werden. Hier sind zum einen die StudierendenvertreterInnen im AKAFÖ-Verwaltungsrat gefragt, aber auch die Landesregierung, welche die Situation der BAföG-Studierenden gemeinsam verbessern müssen. Mit der landesweiten BAföG-Kampagne wollen wir auch weiterhin Druck auf die Landesregierung ausüben, damit diese weitere Mittel für die Studentenwerke zur Verfügung stellt.

6. Bologna-Reform / Master für alle

Seit über 10 Jahren doktern die Regierungen Europas an und mit der Bologna-Reform herum: Einen Grund zum Feiern gibt die 10-Jahres-Bilanz der Bologna-Reform nicht. Ganz im Gegenteil ist die Bilanz besorgniserregend: Studierende sind heute nicht mehr, sondern weniger mobil. Der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss kann nicht halten, was er verspricht, und dazu ist der Masterzugang höchst selektiv und längst können noch nicht alle, die wollen, einen Master machen – es fehlen schlicht die Masterplätze. Von steigenden Studienabbruchquoten und zu hohem Leistungsdruck unter Studierenden ganz zu schweigen. Eine Studienstrukturreform kann nur dann sinnvoll umgesetzt werden, wenn die Qualität der Hochschulbildung in den Fokus gerückt wird. Stattdessen hat die Bologna-Reform alleine eine Verdichtung der Lehrinhalte zur Folge und bringt Studierende an ihre Belastungsgrenzen. Es müssen endlich mutige Schritte hin zu einer echten Studienreform gegangen werden. Von der Schaffung ausreichender Studienplätze über eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur hin zu Verbesserungen der Lehr- und Lernmethoden – es gibt genug Baustellen. Durch Zulassungsbeschränkungen für Master-Studiengänge wurde eine weitere Hürde in die Bildungslandschaft gebaut, durch die wieder einmal nur Bachelorabsolvent*innen kommen, die gute oder sehr gute Noten haben. Beim Bachelor-Studium zählen die Noten meist von Anfang an. Prüfungsleistungen sind dabei geprägt von Auswendiglernen. Vor allem Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, haben häufig nicht so viel Zeit zum Lernen wie Studierende, die sich keine finanziellen Sorgen machen müssen. Ausländische Studierende haben darüber hinaus zusätzlich sprachliche Hürden. Wir wissen, dass die meisten Bachelor-

Studierenden einen Master anstreben, da nach dem Bachelor-Abschluss keine adäquaten Berufschancen in Sicht sind. Darum fordern wir u.a.: **Masterplätze für alle**. Die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum hat im vergangenen Jahr sogleich eine Masterresolution beschlossen, welche unter Federführung der Jusos im vergangenen Mai an die NRW- Wissenschaftsministerin Svenja Schulze übergeben wurde.

7. Doppelter-Abiturjahrgang 2013

In den letzten Semestern sind die Studierendenzahlen kontinuierlich gestiegen. Der doppelte Abiturjahrgang 2013 wird die dadurch entstandenen Probleme weiter verschärfen.

Die Infrastruktur stößt an ihre Grenzen - besonders deutlich wird das bei der U35. Trotz Takterhöhung sind die Massen an Studierenden zu den Spitzenzeiten kaum zu bewältigen. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, ergänzende Möglichkeiten zu schaffen. Der Einsatz zusätzlicher Shuttlebusse muss mit der BoGeStra geplant werden. Die notwendigen Umbauten für eine bessere Erreichbarkeit des Campus mit dem Fahrrad müssen von Seiten der Universitätsverwaltung vorangetrieben werden.

Die Uni hat bereits zahlreiche zusätzliche Räumlichkeiten angemietet, um einen geregelten Lehrbetrieb weiter zu ermöglichen. Diese sind an die U35 angebunden oder fußläufig zu erreichen. Bis zum Beginn des Wintersemesters muss jeweils ein barrierefreier Zugang möglich sein. Außerdem muss es möglich sein, zwischen zwei Veranstaltungen rechtzeitig zwischen den Standorten zu wechseln. Auch die Infrastruktur innerhalb der Gebäude muss studierendenfreundlicher werden. Sowohl Internetzugänge als auch ein gastronomisches Mindestangebot müssen vorhanden sein.

Auf dem Campus muss die Infrastruktur gerade im Hinblick auf Internet, Caféten und Mensa ausgebaut werden. Wir fordern den weiteren Ausbau des W-LAN und längere Öffnungszeiten der Gastronomiebetriebe des AKAFÖ.

Schon jetzt führen die langen Bearbeitungszeiten der BAföG-Anträge zu Problemen. Mit der Studierendenzahl wird auch die Zahl der Anträge steigen. Damit sich die Bearbeitungszeiten dadurch nicht weiter verlängern, werden zusätzliche Sachbearbeiter*innen benötigt. Hier ist

auch die Landesregierung in der Pflicht.

8. Bibliotheken

Wir fordern eine Verbesserung der Ausstattung in den Fach-Bibliotheken und in der Uni-Bibliothek. Die bereits erfolgte Erweiterung der Öffnungszeiten sollte auch bei den Fach-Bibliotheken weiter vorangetrieben werden. Die Ausstattung mit Lehrmaterial in den Bibliotheken ist notwendiger als die Beschaffung eines 20. Fakultätsbeamers.

9. Für einen barrierefreien Campus

Wir wollen auch das Mandat für körperlich benachteiligte Studierende wahrnehmen. Wir sind der Meinung, dass diese Studierenden sich selbst am besten vertreten können.

Deswegen fordern wir ein autonomes Referat für Menschen mit chronischen Erkrankungen/körperlichen oder geistigen Behinderungen, welches als eigenständige politische Vertretung in Zusammenarbeit mit der IBS (Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studierender) viele Probleme bearbeiten könnte. Denn: Die Situation für Studierende mit Behinderungen hat sich in den letzten Jahren nicht grundlegend verbessert. Die Fußwege auf dem Campus (Stichwort: Platten auf dem Nordforum und auf dem Forumsplatz) brechen seit langem durch und werden nur notdürftig ausgebessert. Die Fahrstuhlproblematik hat sich ebenso wenig verbessert.

In Zusammenarbeit mit dem AStA soll den angesprochenen Studierenden darüber hinaus mehr Gehör gegenüber der Universität und den Fakultäten verliehen werden.

10. Datenschutz ist Menschenrecht

Wir fordern einen studentischen Datenschutzbericht als unabhängiges Dokument zur Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Normen an der Universität. Das oben stehende Bekenntnis des Datenschutzes als Menschenrecht soll nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Gerade im Bereich der Vergabe von Leistungen und Kursteilnahmen über das VSPL, sind Verstöße anscheinend regelmäßig auf der Tagesordnung. In Zusammenarbeit mit den

Fachschaften und der studentischen Senatsfraktion soll ein Mal im Jahr der studentische Datenschutzbericht herausgegeben werden.

11. Geschlechter- und Familiengerechte Hochschule

Wir bekennen uns zur geschlechtergerechten Universität und bekämpfen jede Form der Diskriminierung der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen. Die Arbeit zur Überwindung von Vorurteilen gegenüber Geschlechtern durch Initiativen und Institutionen wird unterstützt, wenn sich die entsprechenden Stellen zu einer transparenten Ausgestaltung ihrer Arbeit bereit erklären. Gerade Studierenden mit Kind soll eine besondere Unterstützung gewährt werden. Die Arbeit der Unizwerge soll verstärkt vom AstA unterstützt werden, ebenso die Arbeit vom Spielraum e.V. Die Benachteiligung von Eltern im Studium muss zudem stärker bekämpft werden.

Die Arbeit des AstA in diesem Bereich soll in enger Abstimmung mit den autonomen Referaten für Schwule und für Frauen/Lesben stattfinden. Die Gleichstellung beider Referate ist selbstverständlich.

12. International University

Our aim is to oppose the discrimination of students with a non-german background. We want to emphasize our own features relating to anti-racism and antifascism. On top of that we want to support the self-governing foreigners department even more.

Students out of the non EU-Countries suffer from strict residence conditions. For example they are only allowed to earn a small amount of money to get their livelihood. For that reason these students need a special relief, which has to be ensured.

In order make them feel welcome and comfortable, we want international students to get in touch with local students on our campus. Therefore we want to cooperate with the students representatives. The cooperation should contain welcome-parties, international dinners, more lectures in English and so on.

Lots of students from abroad want to get some work experience in Germany. But until now

many German companies refuse to let exchange students work in their company. In cooperation with AIESEC we are willing to get in touch with companies to provide students more working possibilities.

13. Die Antifaschistische Hochschule

Rechte Gruppierungen an der Universität müssen gestellt werden. Dies gilt im Besonderen für solche, die am rechten Rand als Scharnier zwischen Rechtsextremismus und der konservativen Rechten gesehen werden. Burschenschaften mit ihrem reaktionären, frauenfeindlichen und elitären Weltbild, gehören nicht auf den Campus. Die politische Arbeit gegen solche Gruppen ist weiterhin notwendig und wird von uns auch zukünftig unterstützt.

14. Fachschaften unterstützen

Die Juso-Hochschulgruppe Bochum versteht sich als Basisgruppe. Die besondere Nähe zu den Fachschaften ist aus diesem Grund deutlich mehr als ein Lippenbekenntnis. Die Fachschaften und Fachschaftsräte als wichtige Gremien der Studierendenschaft müssen weiter und besser unterstützt werden.

Dies betrifft zum einen die rechtliche Stellung der Fachschaften und deren Vertreter*innen sowie die finanzielle Unterstützung durch den AStA. Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Fachschaften neu definieren. Eine neu zu gestaltende Finanzordnung soll die bisher praktizierte finanzielle Gleichstellung ablösen. Denn diese Praxis verstößt gegen geltendes NRW-Recht, da die Anzahl der Studierenden pro Fachschaft nicht berücksichtigt wird. An der Ruhr-Universität gibt es Fachschaften mit 200-300 Studierenden und Fachschaften mit weit über 2000. Da der Aufwand für Serviceleistungen in den „größeren“ Fachschaften auch finanziell größer ist, wollen wir die Finanzierung wieder gerechter gestalten. Dabei wollen wir nicht nur auf die Größe der Fachschaften eingehen, sondern auch die Anzahl der möglichen Abschlüsse berücksichtigen. An dem Grundbetrag für alle Fachschaften wollen wir jedoch nicht rütteln: Auch die „kleineren“ Fachschaften werden sich hier auf uns verlassen können.

Auch zukünftig wollen wir an jeder FSVK-Sitzung teilnehmen und dafür sorgen, dass sich die

Fachschaften und der AStA über wichtige Themen austauschen. Bei wichtigen, die Fachschaften betreffenden Themen, sollen diese, wie derzeit praktiziert, stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

15. Initiativen bringen Leben auf den Campus

Wir wollen starke studentische Initiativen, die das Leben auf dem Campus bereichern. Dabei spielt es keine Rolle, ob es politische, kulturelle oder andere Vereinigungen sind. Um die Arbeit dieser Initiativen nachhaltig zu unterstützen, muss sich die Studierendenschaft zu den studentischen Initiativen bekennen.

Wir wollen die bekannten und „alt eingesessenen“ Initiativen an der Ruhr-Universität wieder mit Geldern und eigenen Haushaltstiteln ausstatten, die ausschließlich für diese Initiativen eingerichtet werden. Die Initiativen, wie z.B. CT – das radio, Studienkreis Film (SKF), Unizwerge, das Theaterfestival MegaFON, werden sich auf uns als zuverlässige Partner verlassen können. Die Unterstützung beläuft sich nach unserem Verständnis nicht nur auf die Bewilligung von Fördergeldern. Die Hilfe bei der Gestaltung von Flugblättern und die Bereitstellung der Räumlichkeiten des KulturCafés sind ebenso selbstverständlich. Im AStA wollen wir auch in Zukunft nur Initiativen unterstützen, wenn der Bezug zum Campus der Ruhr-Universität Bochum klar zu erkennen ist. Wir werden keine Initiativen unterstützen, die nicht zum Campusleben beitragen. Die Unterstützung politischer Initiativen erfolgt auf der Basis politischer Neutralität. Ausgeschlossen wird die Unterstützung politischer Gruppierungen, die an den Wahlen zum Studierendenparlament teilnehmen.

Besonders wichtig für eine finanzielle Unterstützung durch die Studierendenschaft, ist die Voraussetzung, dass sich die Initiativen mit der Veröffentlichung der Förderung einverstanden erklären. Dieses Gebot der Transparenz ist für uns selbstverständlich, deswegen sollte es auch selbstverständlich für alle Gruppierungen sein, die eine Unterstützung durch den AStA erhalten wollen.

16. Kultur auf dem Campus

Wir fordern eine Kulturlandschaft an der Ruhr-Universität, die allen Studierenden eine Möglichkeit gibt ihrer eigenen Vorstellung von Kultur Ausdruck zu verleihen.

Wir fordern ein KulturCafé, in dem sich alle Studierenden wohlfühlen. Das Konzept des KulturCafés muss ständig weiterentwickelt werden. Zur Förderung der studentischen Kultur, sollen die Angebote des KulturCafés ausgeweitet werden.

Solange die Gebäude der Fakultäten nicht wieder für die Studierenden-Partys freigegeben werden, soll das KulturCafé für diese noch öfter zur Verfügung stehen. Für die großen Partys, wie die GC Mania oder IB United, kann dies jedoch keine langfristige Alternative sein. Hierfür muss eine Möglichkeit gefunden werden. In Kooperation mit den Fachschaften muss der Dialog mit der Univerwaltung gesucht werden. Die Fachschafts- und Initiativenpartys sollen vom AstA auch zukünftig unterstützt werden.

Wir wollen Kulturschaffende auf den Campus holen und Künstler*innen auf dem Campus ermutigen, auch an ihrer Universität künstlerisch tätig zu werden. Deswegen wollen wir beim Campusfest auf dem Nordforum im Sommer hauptsächlich studentische Musikgruppen auf die Bühne vor der Universitätsbibliothek holen. Kulturschaffende Initiativen wie MegaFON oder das internationale Videofestival sollen in besonderem Maße vom AstA unterstützt werden.

An der Universität sollen freie Wände aufgestellt werden, auf denen Studierende Graffiti oder andere Bilder aufmalen können. Mindestens einmal im Jahr soll eine Ausstellung „Studentische Kunst“ an der Ruhr-Universität initiiert werden.

Auch die Geschichte der Universität, im Besonderen die Geschichte der Studierendenschaft der Ruhr-Universität, gehört in den von uns formulierten Aufgabenbereich der Kulturpolitik der Studierendenschaft. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll eine Ausstellung „Geschichte der Ruhr-Universität – Geschichte der Studierendenschaft“ vorbereitet werden. Das Archiv der Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung soll allen Studierenden zur Verfügung stehen.

17. Gemeinsam stark – Studierendenschaften Hand in Hand

Auf regionaler Ebene wollen wir ein monatliches Treffen der Universitäts-Allianz Metropole Ruhr ASten (UAMR-ASten) installieren, um die regionalen Interessen der Studierenden nicht nur gegenüber den Rektoraten der RUB, TU Dortmund und UDE zu vertreten. Gemeint sind damit etwa die Verhandlungen über das Vorkurs- und Semesterticket, Verbesserungen bzgl. des Studiums an zwei dieser Unis und vielen anderen regionalen Themen.

Auf Landesebene wollen wir die öffentliche und politische Wahrnehmung des Landes-ASten-Treffens (LAT) erhöhen, um Einfluss auf (hochschul-)politische Entscheidungen auf Landesebene zu nehmen. Langfristig streben wir eine im Hochschulgesetz verankerte Landesstudierendenvertretung an, welche es noch besser vermag die Interessen der nordrhein-westfälischen Studierenden durchzusetzen.

Wir denken: Nur durch den Zusammenschluss möglichst vieler Studierendenschaften und die damit einhergehende Bündelung der Interessen ist es möglich, studentische Interessen stark zu vertreten. Wir wollen, dass die Studierendenschaft der RUB hieran aktiv partizipiert und sich gemeinsam mit anderen für eine nachhaltige Verbesserung der Lehr-, Lern- und Lebensbedingungen an Hochschulen einsetzt.

18. Für faire Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte

Mehr als 5% der Studierenden an Universitäten sind als studentische Hilfskräfte (SHKs) angestellt. Umgerechnet ist also allein für die RUB mit etwa 1.800 SHKs zu rechnen. Für diese Studierenden ist ihre (Aus-)Bildungsstätte damit auch gleichzeitig Arbeitsplatz. Diese großen Zahlen verwundern auch nicht, stellen studentische Hilfskraftjobs doch zumindest vordergründig eine Win-Win-Situation dar: Studierende erhalten tiefere Einblicke in den wissenschaftlichen Alltag, vertiefen ihr Fach- und Methodenwissen, knüpfen häufig wertvolle Kontakte – und nicht zuletzt ist ein SHK-Job häufig ein Sprungbrett zu einer späteren Promotion. Die Professor*innen andererseits können wichtige und gute Arbeit günstig verrichten lassen und ihrerseits Promotionskandidat*innen auswählen. Was sich zunächst gut anhört, ist bei genauerem Hinsehen jedoch schlicht prekäre Arbeit.

Denn eine Anstellung als SHK ist kein Teil einer Ausbildung, sondern ein ganz normales Arbeitsverhältnis. Und ein normales Arbeitsverhältnis muss auch wie ein solches behandelt werden. Das heißt: Die Vergütung muss angemessen sein, die Stellenbesetzung muss fair verlaufen, grundlegende rechtliche Ansprüche – Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. - müssen selbstverständlich durchgesetzt werden. All dies wird aber derzeit allzu oft unterwandert: Prekäre Beschäftigung ist an der Tagesordnung. Um diese nicht tragbare Situation zu verbessern, bedarf es zweierlei: Der Aufklärung aller SHKs – und auch der Professor*innen – über ihre Rechte und Pflichten, auf einer anderen Ebene aber endlich eines Tarifvertrags. Außerdem muss es eine Personalvertretung geben, die alle nötigen Kompetenzen hat, um gegenüber den Arbeitgeber*innen stark und durchsetzungsfähig auftreten zu können und bei Konflikten, die aus der Doppelabhängigkeit von Professor*innen als Arbeitgeber*innen und Prüfer*innen leicht entstehen, zu vermitteln.

Wir als Juso-HSG werden weiterhin auf die Probleme bei den betreffenden Stellen in Politik und Hochschule aufmerksam machen und auf eine positive Änderung der Arbeitsverhältnisse hinwirken. Die Tarifinitiative für studentische Hilfskräfte NRW ist hierfür ein wesentlicher Bestandteil. Ebenso wollen wir zur Durchsetzung unserer Ziele den Schulterschluss mit den Gewerkschaften suchen.

19. Latinumpflicht für Lehramtsstudierende abschaffen!

Wir fordern die **Abschaffung der Latinumpflicht für Lehramtsstudierende** in Nordrhein-Westfalen und treten hierfür nicht nur im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und im Senat der Ruhr-Universität Bochum ein.

Im Mai 2012 thematisierten viele Besucher*innen der Bochumer Juso-HSG-Veranstaltungsreihe „SozialdemokratInnen in Touch“ die Latinumpflicht als großes Problem und machten NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze und die Jusos auf die Problematik aufmerksam. Unter Federführung der Jusos im Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik, folgte unter Zusammenarbeit mit betroffenen Studierenden, der FSVK und der studentischen Senatsfraktion, als Antwort auf die thematisierte Problematik, die Resolution der Studierendenschaft zur Abschaffung der Latinumpflicht für

Lehramtsstudierende.

Wir sehen die Latinumpflicht für Lehramtsstudierende als Überbleibsel vergangener Tage und erachten sie unter bildungspolitischen Aspekten als völlig ungerecht. Gutes Lehrpersonal braucht kein Latinum, welches in Form einer staatlichen Ergänzungsprüfung zum Abitur zusätzlich zum Lehramtsstudium erworben werden muss. Hochschulzugangsberechtigte ohne Latinum werden auf diese Weise benachteiligt und diskriminiert – dies widerspricht unserem Gesellschafts- und Gerechtigkeitsverständnis. Es kann nicht sein, dass Lehramtsstudierende ohne Latinum aufgrund der Latinumpflicht dazu genötigt sind, die Regelstudienzeit zu überschreiten, weil sie die arbeitsintensive Auflage „Latinum“ nicht erfüllen können. Es gibt ein Leben neben dem Studium und dies muss auch für die betroffenen Studierenden der Lehramtsstudienfächer: Englisch, Französisch, Geschichte, Italienisch, Katholische Religionslehre und Spanisch, Philosophie/Praktische Philosophie und im Fach Evangelische Religionslehre gelten.

Als Juso-Hochschulgruppe stehen wir bezüglich dieses Themas auch mit der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion und der Landesregierung in Kontakt, welche wir mit den oben genannten und vielen weiteren Argumenten dazu bewegen wollen, die Latinumpflicht zügig abzuschaffen.

20. So sieht unser AStA aus

In dem Wort „Studierendenvertretung“ sind zwei Worte versteckt: Zum einen die Studierenden, zum anderen die Vertretung. Wir wollen, dass die Studierendenvertretung alle Studierenden vertritt.

Wir wollen im nächsten AStA eine Infoveranstaltung unter dem Motto „Gremienrummel“ veranstalten. Das AStA-Servicereferat soll seine Arbeit nicht nur in den Räumlichkeiten des AStA durchführen. Als „Mobiles Servicereferat“ soll es auch regelmäßig in den Caféterien und in der Mensa Informationen und Beratungen anbieten. Dies konnten wir im derzeitigen AStA in Form der AStA-Welcomelounge bei den Einschreibungen und nach Beschluss des AStA-Haushaltes in Form von dezentralen Informationsständen erledigen.

Wir fordern eine campusweite Schließfachvermietung in Absprache mit der Universitätsverwaltung. Für Studierende, die am Hochschulsport teilnehmen, wären diese Schließfächer in besonderem Maße eine große Entlastung. Wenn wir die Universität zudem insgesamt attraktiver gestalten wollen, müssen wir den Student*innen die Möglichkeit geben, sich an der Uni wohlfühlen und auch Freizeitmöglichkeiten an der Uni schaffen. Dafür sollen Aufenthaltsräume geschaffen werden, in welchen sich die Studierenden dezentral zum Lernen, Entspannen oder Rumbödeln treffen können. Die Anzahl der Materialien (Beamer, Leinwände, Video- und Rechner-technik), die Fachschaften und Studierende für eigene Vorträge und Co. beim AStA ausleihen können, soll ausgeweitet werden.

Es soll eine Software-Zusammenstellung mit frei zugänglicher Software (Betriebssystem, Office und Co.) auf CD im AStA kostenlos erhältlich sein. Vor allem wollen wir den Online-Service ausbauen. Wir müssen durch gezielte Informationspolitik mehr Studierende erreichen. Folgende Punkte sind zum Ausbau des Online-Services sinnvoll:

1. Ausfälle im ÖPNV und auf den Straßen sollen rasch in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen ins Netz auf die AStA-Homepage eingestellt werden. Dies könnte z.B. in Form einer Implementierung der BoGeStra-Meldungen auf der AStA-Homepage geschehen.
2. Alle AStA-Referate sollen zukünftig via Skype erreichbar sein. Bisher könnt ihr auf diese Art bereits das HoPo-Referat erreichen.
3. Die Beschlüsse des Studierendenparlaments und des AStA sollen auch zukünftig zeitnah auf die betreffenden Homepages eingestellt werden.
4. Der Haushaltsplan soll auch weiterhin auf der Internetseite des Studierendenparlamentes und des AStA veröffentlicht werden.

Wir wollen wieder Teil des nächsten Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) sein und ihn maßgeblich mit- und umgestalten.

Die Satzung der Studierendenschaft erlegt dem AStA zwar eine Reglementierung auf, diese geht uns jedoch nicht weit genug.

In der Satzung müssen folgende Punkte verankert werden:

- Dem AStA muss auferlegt werden, dass dessen Sitzungsprotokolle regelmäßig hochschulöffentlich gemacht werden müssen, solange diese mit den Grundlagen des Datenschutzes vereinbar ist.
- Transparenz ist für uns das höchste Gebot, um Filz zu verhindern und die Unterstützung der Arbeit der Studierendenvertretung durch die Studierenden zu verbessern. Ein transparenter AStA hat offene und einfache Strukturen. Aus diesem Grunde haben wir die Anzahl der Referate reduziert.

Nach unseren Vorstellungen sollte der nächste AStA die folgende Struktur haben:

Vorsitz

Der/Die AStA-Vorsitzende vertritt die Studierenden vor allem nach außen und koordiniert die inhaltliche Arbeit der AStA-Referate. Dabei setzt er/sie auf die unabhängige Arbeitsweise der AStA-Referent*innen. Darüber hinaus ist er/sie Personalchef*in für die Angestellten des AStA, die er/sie kollegial unterstützt. In regelmäßigen Abständen lädt der AStA-Vorstand Fachschaften und Rektorat zum „Runden Tisch“ ein, an dem unbürokratisch die Probleme und Wünsche der Studierenden angesprochen werden sollen. Gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Vorstands erstellt der/die AStA-Vorsitzende einen monatlichen Bericht über die Aktivitäten des AStA.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Fachschaften (FSVK) und AStA stärken. Um eine vernünftige Arbeit des AStA zu gewährleisten, muss die Kommunikation zwischen beiden Gremien besser funktionieren. Mit Hilfe der Fachschaften sollen die Studierenden stärker an den demokratischen Mitbestimmungsprozessen der Universität beteiligt werden.

Finanzreferat

Die AStA-Finzen werden von einer/einem Finanzreferent*in geplant und betreut. Das Finanzreferat ist Ansprechpartner für alle studentischen Initiativen und Gruppen sowie für die Fachschaften. Die AStA-Finzen, die traditionell vom AStA-Sekretariat verwaltet werden,

sind ständig vom Finanzreferat zu überprüfen. Bei absehbaren Abweichungen vom Haushaltsplan ist sofort ein Nachtragshaushalt zu erarbeiten. Der/Die Finanzreferent*in soll zudem federführend für die Umsetzung der Nutzungsordnung für die Außenwerbeflächen der Studierendenschaft verantwortlich sein. Der/Die Finanzreferent*in gehört dem Vorstand an.

Service, Verkehr & Wohnen

Das Semesterticket ist eine Angelegenheit, die traditionell in den Aufgabenbereich der AStA-Verkehrsreferent*innen fällt. Gleichzeitig ist es das größte Serviceangebot, das der AStA den Studierenden ermöglicht. Deswegen wollen wir die Aufgabenbereiche Verkehr und Service zusammenführen. Es ist wichtig, dass die Vereinbarungen zwischen AStA und den Verkehrsbetrieben in den gesamten AStA kommuniziert werden – das bedeutet aber auch, dass die Servicereferent*innen als erste AnsprechpartnerInnen der Studierenden über alle Regelungen und Neuerungen Auskunft geben können. Eine Zusammenführung ist deswegen nur sinnvoll.

Gemeinsam mit den anderen AStA-Referaten und den Beratungsstellen des AStA erarbeitet das Service-Referat Informationsbroschüren. Montags bis freitags sollte das Service-Referat von 10-16 Uhr mindestens geöffnet sein. Das Service-Referat kümmert sich mit mobilen AStA-Service-Ständen auch darum, dass auch außerhalb des Studierendenhauses Beratung und Service stattfinden. Dies konnte in den vergangenen zwei Semestern vor allem im Rahmen der Ersti-AStA-Welcomelounge und bei den Informationsständen zur Verwendung der Haushaltsmittel umgesetzt werden.

Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik

Das HoPo soll zu vielen Akteuren innerhalb wie außerhalb der Hochschule Kontakt halten, wenn deren Aufgaben im Bereich der Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik wiederzufinden sind. Das Referat unterstützt die bundes- und landesweiten Kampagnen (z.B. Bildungstreik, TarifINI NRW) und kümmert sich darum, die Inhalte dieser Kampagnen auch spezifisch für den Bochumer Campus aufzubereiten. Der soziale Protest soll kompatibel für viele

Studierende sein. Das Referat vertritt gemeinsam mit dem AStA-Vorstand den AStA beim Landes-ASten-Treffen (LAT) und beim UAMR-ASten-Treffen.

Auch soll das Referat einen kritischen Dialog mit dem Rektorat und den anderen Gremien der Universität pflegen und sowohl über Themen im Bereich der Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik informieren, als auch das Engagement für Bildungsgerechtigkeit fördern. Ziel ist es, dass sich sowohl viele Studierende gegen unsinnige Anwesenheitspflichten, die Latinumpflicht für Lehramtsstudierende, Master-NCs, schlechte Studienbedingungen, als auch für ein sozial gerechtes und durchlässiges (Hoch)Schulsystem einsetzen. Das HoPo soll studentisches Engagement von Personen, die nicht dem AStA angehören, nachhaltig fördern und wenn möglich mit seinen Ressourcen unterstützen. Die Angelegenheiten, welche die Campussanierung bzw. Ökologisierung der RUB und den doppelten Abiturjahrgang 2013 betreffen, sollen für den AStA zudem aus dem HoPo heraus koordiniert werden. Da im Senat über die Verwendung der Kompensationszahlungen befunden wird und das Akademische Förderungswerk unter anderem die BAföG-Anträge bearbeitet, findet Sozialpolitik an der Hochschule vor allem in diesen Bereichen statt, für welche ebenfalls dieses Referat zuständig sein soll.

Gemeinsam mit den angestellten AStA-Sozialberater*innen bietet das Referat darüber hinaus eine Sozialberatung an.

Referat für politische Bildung

Die Studierendenschaft hat die Aufgabe, politische Bildung für die Studierenden anzubieten. Das Referat für politische Bildung erarbeitet ein politisches Vorlesungsverzeichnis, das für alle Studierenden ein breit gefächertes Bildungsangebot bereitstellt. Wir wollen sowohl ein Bildungsangebot für Studierende anbieten, die in der politischen bzw. ökonomischen Theorie bewandert sind, als auch für Studierende, für die dies Neuland ist. Wir wollen die bestehenden Strukturen in die Arbeit einbinden. Primär wollen wir uns aber um die politische Bildung für Einsteiger*innen kümmern. Dazu gehören Einführungen in die antifaschistische Arbeit, in den Rechtsstaatsdialog, in soziale und kulturelle Theorien, allgemein- und tagespolitische Diskussionsveranstaltungen und – bei entsprechender Nachfrage – Blockseminare in der vorlesungsfreien Zeit.

Referat für Kultur & Internationalismus

Wir wollen studentische Kultur fördern. Das Referat erarbeitet ein Semesterprogramm, das in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Initiativen, Gruppen, Fachschaften und autonomen Referaten ein breit gefächertes Kulturangebot für alle Studierenden bereithalten soll. Ein Großteil der kulturellen Veranstaltungen wird im KulturCafé stattfinden. Der Teil des Campusfests, der auf dem Nordforum (vor Uni-Bibliothek) stattfindet, wird von diesem Referat maßgeblich realisiert. Nicht nur musikalische, sondern auch gemalte und gesprochene/geschriebene Kultur soll von diesem Referat unterstützt werden. Internationale Kulturabende sollen in regelmäßigen Abständen im KulturCafé stattfinden.

Das Referat leistet für Fachschaften und Initiativen, die eine Veranstaltung planen (Fachschafts-Partys, Lesungen, Diskussionsveranstaltungen) Unterstützung bei der Realisierung der entsprechenden Projekte. Veranstaltungstechnik soll beim Referat zum Ausleihen zur Verfügung stehen. Studentische Kultur ist Vielfalt. Gerade in den zahlreichen Wohnheimen und Wohnheimkneipen findet viel studentische Kultur statt. Die Arbeit der Wohnheimvertreter*innen (Wohnheimrunde) und der Kulturschaffenden in den Wohnheimen soll durch das Referat unterstützt werden.

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Das Öffentlichkeitsreferat des AStA koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit und stellt den Kontakt zu den Studierenden her. Die Betreuung der Internetseite gehört ebenso dazu wie die Betreuung neuer Kontakte auf anderen Plattformen wie Twitter oder Facebook. Die Öffentlichkeitsarbeit der übrigen AStA-Referate findet in Absprache mit diesem Referat statt, damit der AStA ein einheitliches Bild repräsentiert.

Das Referat soll die Studierenden schon in ihrem ersten Semester über die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung auf geeignete Weise informieren. Hierzu wird angestrebt, dass in den Ordnern der Erstsemester ein geeignetes Organigramm der Verwaltungsorgane der Universität veröffentlicht wird.

Referat für Sport

Viele ASten haben es bereits: Ein eigenständiges Sportreferat, welches sportliche und kulturelle Veranstaltungen verknüpft und koordiniert. Die RUB als die größte "Ruhr-Pott"-Universität hat noch kein solches Referat. Wir wollen das ändern!

Um einen ersten großen Beitrag zum sportlichen Leben an der RUB beizutragen, möchten wir die Arbeit der folgenden Legislaturperiode auf die Organisation einer RUB-Liga konzentrieren. Hierzu wurde der Grundstein schon gelegt: In den letzten beiden Semestern fand der RUB-Cup statt, das offizielle Fußballturnier der RUB-Studierenden. Die Idee einer Uni-Liga stieß auf reges Interesse, weshalb wir uns in unserer Vorstellung bestätigt fühlen!

Neben dem Großprojekt "RUB-Liga" möchten wir die Studierenden, allen voran die Fachschaften, dazu ermutigen, vermehrt Sportturniere oder andere sportliche Aktivitäten zu organisieren. Wir wollen dabei unterstützend zur Seite stehen und bei organisatorischen Fragen helfen. Wir möchten bestehende Kooperationen mit vorhandenen Initiativen weiter ausbauen und beibehalten. Wir freuen uns auf das Ergebnis der Frauen Basketballmannschaft bei der Hochschul-EM in Kroatien, welche wir finanziell und materiell unterstützt haben.

Das Thema „Sport“ aufzugreifen, funktioniert nur gemeinsam mit allen vorhandenen Sportförderern einer Hochschule. Deshalb wollen wir zusammen mit dem Hochschulsport, der Fachschaft Sportwissenschaften und der Fakultät Sportwissenschaften an unseren und euren Konzepten arbeiten. Hierbei wollen wir die Schnittstelle zwischen Hochschulsport und Studierenden sein und euch bei allen Fragen, Anliegen und Problemen helfen.

Wirtschaftsbetriebe des AStA

Die AStA-Wirtschaftsbetriebe müssen gestärkt werden. Eine mögliche organisatorische Zusammenführung der Kopierzentrale im GB und der AStA Druckerei im GA soll überprüft werden, um weiterhin günstige Kopien anzubieten – ohne daraus ein zu großes Zuschuss-Geschäft resultieren lassen zu müssen.

Das KulturCafé muss in seinem Tagesgeschäft weiter gestärkt werden. Zusammen mit allen

interessierten Studierenden wollen wir über ein ergänzendes Konzept für das KulturCafé beraten.

Die Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung (:bsz)

Die "Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung" (:bsz) ist die älteste kontinuierlich erscheinende Studierendenzzeitung Deutschlands. Sie wird vom AStA herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion produziert. Wir haben dafür gesorgt, dass die Redaktion weiterhin unabhängig arbeiten kann und ein Team zusammengestellt, dass die :bsz vom reinen Printmedium zu einem interaktiven Online- und Printmedium weiterentwickelt hat. Diesen Weg wollen wir im nächsten Jahr weiter unterstützen. Die :bsz soll ein Austauschmedium für alle Studierenden und die Region werden. Unabhängige Berichterstattung und der Austausch zwischen LeserInnen und Redaktion und auch der LeserInnen untereinander soll noch mehr als bisher das Bild der :bsz prägen. Gleichzeitig wollen wir das Erscheinungsbild der Printausgabe überarbeiten und durch ein neues Format und Farbdruck verbessern. Wir haben mit der :bsz noch einiges vor - unterstützt uns dabei, das Medium der Bochumer Studierenden zu modernisieren!